

Thomas Biebricher

# Neoliberalismus, Wirtschaft und Gesellschaft

## Einleitung

Das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft ist seit ihrem Auseinandertreffen in vielerlei Hinsicht umstritten geblieben. Bis in die frühe Moderne und das Zeitalter des aufkommenden Kapitalismus hinein wurde im politischen Denken kaum die Notwendigkeit verzeichnet, systematisch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären zu trennen. Die Leitunterscheidung blieb gewissermaßen bis in die Neuzeit die Differenz zwischen weltlichem und geistlichem Regiment, die ursprünglich von Augustinus in *Civitate Dei* eingeführt worden und dann in der Reformationsära von Martin Luther noch einmal wirkmächtig affiniert worden war. Die weltliche Ordnung selbst wurde von vielen prägenden Denkern als analogisches Verweissystem der Ähnlichkeiten verstanden, denkt man etwa an die Herrschaftsphilosophie Thomas von Aquins, der den Staat in Anlehnung an Aristoteles *mutatis mutandis* als große Familie verstand und daraus folgerte, dass der Staat genau wie die Familie auch nur von einer Person geleitet werden solle.<sup>1</sup> Diese Homogenität der relativen Ähnlichkeiten wird erstmals von Machiavelli aufgebrochen und spätestens mit dem Anbruch des kapitalistischen Zeitalters beginnt sich auf der Ebene der Gesellschaft eine Ausdifferenzierung zu vollziehen, die auch in der sozialwissenschaftlichen Betrachtung Niederschlag findet – nicht zuletzt in Form der Auseinanderentwicklung von Spezialdisziplinen, die sich den nun erkennbar werdenden Einzelsphären moderner Sozialität vom Recht über die Politik bis hin zur Ökonomie widmen, die auch aufgrund dieser Spezialisierung zusehends als mehr oder weniger vollständig eigenständige Sphären erscheinen, mutmaßlich jedenfalls als solche von den jeweiligen Disziplinen analysierbar sein sollen. Gleichzeitig beginnen die Debatten

---

1 Vgl. Thomas von Aquin (1999).

über das Verhältnis der diversen gesellschaftlichen Teilbereiche, die bis heute nicht beendet sind und an die auch der vorliegende Beitrag anschließt.

In einem ersten Schritt werde ich zwei sozialtheoretische Entwürfe zum Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft in der gebotenen Kürze vorstellen, die vor allem im linken politischen Spektrum über lange Zeit hinweg beträchtlichen Einfluss für sich geltend machen konnten, und zwar das Basis-Überbau Schema der marxistischen Tradition sowie das System-Lebenswelt-Paradigma, wie es von Jürgen Habermas im Anschluss an phänomenologische Ansätze einerseits und systemtheoretische Entwürfe andererseits entwickelt wurde. In beiden Fällen besteht ein zentrales konzeptionelles Problem darin, davon auszugehen, dass bestimmten Phänomene eindeutig unter eine der beiden Komponenten subsumiert werden können, welche sich wiederum klar voneinander separieren und sich so auch in einen eindeutigen Wirkungszusammenhang bringen lassen sollen, was wiederum zu berechtigter Kritik Anlass gegeben hat.

In einem zweiten Schritt werde ich mich der Theorietradition des Liberalismus und Neoliberalismus zuwenden, um zu klären, inwieweit auch hier, unter spiegelbildlichen normativen Vorzeichen, eine ähnlich problematische Sichtweise im Hinblick auf strikt separierte Sphären anzutreffen ist. Wie ich zeigen werde, gibt es hier gerade hinsichtlich des Neoliberalismus weitverbreitete Fehldeutungen, die sich in der Vorstellung auf den Punkt bringen lassen, beim Neoliberalismus handele es sich um die Doktrin selbstregulierender Märkte. Vielmehr besteht die Pointe des neoliberalen Denkens zumindest in seiner ursprünglichen Anlage und Originalität gerade darin, das Verhältnis zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Sphären zu analysieren, und zwar nicht als exogenes Bedingungsverhältnis bereits bestehender Entitäten, sondern – zumindest in der Tendenz – als gegenseitig konstitutives Verhältnis.

Der Neoliberalismus gilt darüber hinaus nicht nur als Doktrin der selbstregulierenden Märkte, sondern auch als Doktrin des ökonomischen Imperialismus, dem gemäß die Mechanismen des Marktes noch in den ökonomiefernsten Winkeln des Sozialen verankert werden sollen. Auch diese Vorstellung soll hier in einem letzten Schritt erörtert werden, um zu klären, inwieweit die normativ-transformativ-sche Stoßrichtung des Neoliberalismus tatsächlich in einer umfassenden Ökonomisierung besteht, wodurch ja dann der Fluchtpunkt

des neoliberalen Projekts darin bestände, die Unterscheidung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die konsequente Assimilierung letzterer an erstere obsolet werden zu lassen. Denn dann gälte gewissermaßen: Wirtschaft *ist* Gesellschaft – was bezeichnenderweise der Untertitel des Wirtschaftsmagazins *Capital* ist.

## Die Ökonomie und ihr Anderes – Zwei Entwürfe

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“<sup>2</sup> So heißt es bei Marx im Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie* aus dem Jahre 1859, und es gibt wohl nur wenige Passagen in der Geschichte des polit-ökonomischen Denkens, die sich einer so breiten wie auch kontroversen Rezeption erfreuen können, wie jene. Die zitierte Stelle gilt nicht von ungefähr als die kondensierte Formel des Historischen Materialismus, mit der das marxistische Geschichtsbild und gleichzeitig auch das uns interessierende Verhältnis der Sphäre der Ökonomie zu seiner Umgebung radikal pointiert zusammengefasst wird. Doch pointiert kann die Skizze natürlich nur deshalb sein, weil sie auf einer äußerst hohen Abstraktionsebene operiert und so notgedrungen massiv interpretationsbedürftig bleibt und zwar nicht nur deshalb, weil Begriffe wie Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte der Klärung bedürfen, sondern auch weil bestimmte Formulierungen eine unbestreitbare Ambiguität aufweisen, die unterschiedliche Auslegungen mit ebenso unterschiedlichen Implikationen ermöglichen: Was genau bedeutet es etwa, dass Bewusstseinsformen einer realen Basis ‚entsprechen‘? Geht es hier um kausale Bestimmungsverhältnisse oder gar deterministische Vorstellungen – eine Frage die sich ja auch im Anschluss an die berühmte Passage

---

<sup>2</sup> Marx/Engels (1974), 8.

aus der *Deutschen Ideologie* (1845/46) von Marx und Engels stellt, wo es bekanntlich heißt, dass das Sein das Bewusstsein ‚bestimmt‘.<sup>3</sup>

Im Zuge der Kanonisierung des Marx'schen Denkens im Rahmen der Zweiten Internationalen entwickelte sich eine orthodoxe Deutung des Historischen Materialismus, der vor allem den Materialismus hervorhob und auf dem eindeutigen Primat der ökonomischen Basis insistierte, die gegenüber dem Überbau gewissermaßen ontologischen Vorrang genieße und dementsprechend auch die Entwicklungen in jenen derivativen Domänen des Überbaus wie Staat, Recht und Religion erklären könne. Als fundamental für das Verständnis des gesellschaftlichen Überbaus sollte die Kombination von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gelten, wie es ja auch Marx' topische Formulierungen durchaus nahelegten. Diese Orthodoxie produzierte zwar erwartungsgemäß auch heterodoxe Lesarten von Karl Korsch bis Antonio Gramsci, aber das Primat der ökonomischen Sphäre gegenüber seiner gesellschaftlichen Umgebung wie auch der Art und Weise, wie das gesellschaftliche Ganze im Bewusstsein der Akteure erschien (die Ebene der Ideologie), blieb auch da diskursiv hegemonial im marxistischen Denken, wo es in salvatorische Formeln gekleidet wurde wie etwa bei Engels, laut dem das Ökonomische zumindest ‚in letzter Hinsicht‘ die Geschehnisse in Gesellschaft und Politik bestimme. Sicherlich sei das Verhältnis zwischen Ökonomischem und Nicht-Ökonomischem nicht als unilateral-deterministisches zu verstehen, aber bei allen Interaktionseffekten bleibe die grundsätzliche Dominanz des Ökonomischen bestehen, die der Autonomie etwa des Staates ‚letztlich‘ ihre Grenzen aufzeige – wobei nur fraglich blieb, wo genau diese Grenzen lagen. Die konzeptionellen Probleme waren damit mitnichten gelöst, was auch in Louis Althusser's Einschätzung zum Ausdruck kommt: „die einsame Stunde der ‚Bestimmung in letzter Hinsicht‘ schlägt nie.“<sup>4</sup>

Diese Reaktion stammt bereits aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und im Laufe der 1970er Jahre und dem damaligen Revival marxistischer Staatstheorie, die sich nicht zuletzt mit der Miliband-Poulantzas-Debatte<sup>5</sup> verbindet, wurden auch die Grundfragen des Historischen Materialismus noch einmal neu aufgeworfen

---

3 Vgl. Marx/Engels (1973), 26 ff.

4 Althusser (1969), 113.

5 Vgl. Miliband (1969), Poulantzas (1972).

und zwar nicht zuletzt aus Perspektive des analytischen Marxismus. Aus dieser Perspektive legte G. A. Cohen 1978 mit *Marx's Theory of History: A Defence* eine Verteidigung des Historischen Materialismus vor, die schnell zum Klassiker des Genres, aber auch Gegenstand von scharfer Kritik wurde.<sup>6</sup> Cohen versuchte zu zeigen, dass letztlich die Produktivkräfte der Motor geschichtlicher Dynamik seien, deren Entwicklung zu Veränderungen in den Produktionsverhältnissen führten, welche dann wiederum Auswirkungen auf die diversen Überbauphänomene hätten. Es war die Verteidigung der orthodoxen Lesart, wie man sie etwa bei Georgi Plechanow findet, auf der Grundlage einer Reformulierung, die den Standards begrifflicher und logischer Strenge der analytischen Philosophie gerecht werden sollte. Aber das, was als „technologischer Determinismus“ Cohens bezeichnet wurde,<sup>7</sup> provozierte auch fundamentale Kritik. In einer brillanten Analyse zeigte etwa Derek Sayer aus der Perspektive des Kritischen Realismus die Defizite von Cohens Reformulierung auf, die Sayer letztlich darauf zurückführte, dass sich die diversen Ebenen im Basis-Überbau-Schema eben nicht fein säuberlich trennen ließen, wie es bei Cohen den Anschein hatte. Schon lange war das Problem bekannt, dass Bewusstseinsformen oder Wissen zwar einerseits ganz eindeutig dem Überbau zugeordnet waren, aber doch nur schwer bestritten werden konnte, dass Wissen über bestimmte Technologien/Techniken auch unter der Rubrik der Produktivkräfte zu verbuchen war. Neben einer Vielzahl von anderen oftmals wissenschaftstheoretischen Argumenten wies Sayer aber auch etwa darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen innerhalb der Basis ebenso fragwürdig war, die die zwischen Basis und Überbau: Produktivkräfte, wie etwa eine Maschine, so Sayer, würden erst durch die Einbettung in bestimmte Produktionsverhältnisse zu eben jenen Produktivkräften. Eine Maschine, die ohne Personal und Treibstoff am Strand stehe, könnte schlachtweg nicht als Produktivkraft bezeichnet werden. Grundsätzlicher formuliert, ließ sich aus Sayers Argumentation die Schlussfolgerung ziehen, dass es keinen Sinn ergebe, von Produktivkräften unabhängig von Produktionsverhältnissen zu sprechen, wollte man sich nicht der *Violence of Abstraction* – so der Titel von

---

<sup>6</sup> Vgl. Cohen (1978).

<sup>7</sup> Warren (1991), 254.

Sayers Studie – schuldig machen.<sup>8</sup> Die Vorstellung, dass also ein bereits bestehendes A (Produktivkräfte) auf ein ebenso bestehendes B (Produktionsverhältnisse) wirke, um dann wiederum Effekte auf ein davon trennbares C (Überbau) zu haben, sei – in letzter Hinsicht – unhaltbar.

Handelte es sich bei dieser kritisch-realistischen Kritik der historisch-materialistischen Orthodoxie im Gewande des analytischen Marxismus um eine Debatte, die über die diverse Fachöffentlichkeit hinaus kaum wahrgenommen wurde, so galt dies nicht für die poststrukturalistische Kritik an eben jener Orthodoxie, die Ernesto Laclau und Chantal Mouffe schon zwei Jahre zuvor in Form von *Hegemony and Socialist Strategy* vorgelegt hatten, einem Buch, das ‚post-marxistische‘ Diskurse für die nächsten zwei Dekaden prägen sollte.<sup>9</sup> Auf der Grundlage einer Rekonstruktion des marxistischen Diskurses und seiner ‚Krisen‘ angesichts ausgebliebener Revolutionen und den reformistischen oder revisionistischen Praktiken sozialistischer/sozialdemokratischer Akteure, deuteten Laclau und Mouffe die orthodoxe Lesart des Historischen Materialismus als eine Art Rückversicherung der marxistischen Theorie, dass ihre Einsichten trotz der Diskrepanzen mit der Wirklichkeit nicht ihre Validität eingebüßt hatten.<sup>10</sup> Aber auch wenn sie gegenüber Sayer andere argumentative Pfade verfolgten und stärker auf poststrukturalistische Konzepte zurückgriffen, wie sie von Foucault oder Derrida eingeführt worden waren, wies der Gesamtbefund durchaus einige Korrespondenzen auf: Von einem wie auch immer gearteten Determinationsverhältnis des Ökonomischen gegenüber der Gesellschaft zu sprechen, war allein schon deshalb irreführend, weil es laut Laclau und Mouffe gar keine Gesellschaft als vollkonstituiertes Gebilde gab. Und im Hinblick auf die Problematik des Historischen Materialismus argumentierten sie analog, dass es auch keine für sich existierende Basis geben konnte, die gewissermaßen als unbewegter Beweger und als fundamentaler Bestimmungsgrund für soziale Entwicklungen fungieren sollte. Die radikale Demokratie, die das Buch im Titel führte, war eine ohne geschichtsphilosophisches Netz und historisch-materialistischen doppelten Boden, in der die Identitäten

---

8 Vgl. Sayer (1987).

9 Vgl. Laclau/Mouffe (2001).

10 Ebd., 19.

sozialer Akteure artikuliert werden mussten und der Vorrang des Ökonomischen sowie der entsprechenden (Klassen-)Akteure gegenüber den übrigen Sphären des immer unabgeschlossenen Sozialen weitestgehend kassiert worden war.

Das Basis-Überbau-Schema war aber nicht nur aus Perspektive des Kritischen Realismus und des diskursanalytisch angereicherten Post-Marxismus unter Beschuss geraten. Schon 1976 hatte sich Jürgen Habermas in seiner *Rekonstruktion des Historischen Materialismus* mit der Problematik von Basis und Überbau auseinandergesetzt und für eine Umstellung des gesamten Begriffsapparates und einer damit einhergehenden Abkehr von dem geworben, was er als Produktionsparadigma im marxistischen Denken charakterisierte. Stattdessen sollte sich nun geschichtliche Entwicklung nicht nur über Innovationen im technischen Bereich (die Produktivkräfte) erklären lassen, sondern durch letztlich kommunikativ hergestellte gesellschaftliche Integrationsformen (die Kommunikationsverhältnisse), die gerade erst die Innovationsschübe im technischen Bereich ermöglicht hätten.<sup>11</sup> Dementsprechend gebühre, wenn überhaupt, dieser kommunikativ verfassten Sphäre der Vorrang gegenüber der Welt von Arbeit und Produktion. Damit war eine zentrale Voraussetzung für Habermas' *opus magnum* geschaffen, der 1981 erschienenen *Theorie des kommunikativen Handelns*, in der Habermas die bereits in den früheren Schriften angesprochenen kommunikativen Lernprozesse in der sogenannten Lebenswelt verankerte, der er im Hinblick auf jene Prozesse auch dementsprechende Rationalisierungspotentiale zusprach. Dieser kommunikativ integrierten Lebenswelt standen in Habermas' neu entwickelter Theorie-Architektonik nun die gesellschaftlichen Subsysteme von bürokratischem Staat und kapitalistischer Ökonomie gegenüber. Und obwohl die Entkoppelung von Staat und Wirtschaft aus einer ehemals holistisch verstandenen Gesellschaft insgesamt erst die Voraussetzung für die Rationalisierungsschübe der Lebenswelt schaffe, indem diese von den Notwendigkeiten der materiellen Reproduktion der Gesellschaft entlastet wird, führe die expansive Dynamik der Subsysteme dazu, dass sie sich mittelfristig gegen die Lebenswelt richten und diese durch die Systemlogiken und ihre jeweiligen Medien (Macht und Geld) zu kolonisiert werden drohten: „Während das verständigungsorientierte

---

11 Vgl. Habermas 1976.

Handeln gegenüber den normativen Kontexten immer größere Selbstständigkeit erlangt, wird der gleichzeitig immer stärker beanspruchte und schließlich überforderte Mechanismus sprachlicher Verständigung andererseits durch entsprachliche Kommunikationsmedien ersetzt [...] die Rationalisierung der Lebenswelt ermöglicht eine Steigerung der Systemkomplexität, die so hyperthrophiert, daß die losgelassenen Systemimperative die Fassungskraft der Lebenswelt, die von ihnen instrumentalisiert wird, sprengen.<sup>12</sup>

Die sogenannte Kolonialisierungsthese war zwar nur eine von mehreren Krisendiagnosen, die in der *Theorie des kommunikativen Handelns* formuliert wurde, sie avancierte aber schnell zu meistdiskutierten: Zur Debatte stand hier nicht zuletzt auch die Grundanlage der Theorie, in der in den Augen ihrer Kritiker:innen nun durch die Verknüpfung von Lebenswelt und Systemen Hermeneutik und Funktionalismus eine „unglückliche Ehe“ eingegangen seien<sup>13</sup> – womöglich könnte man sogar von dem sprechen, was im Englischen als *shotgun wedding* bezeichnet wird. Aber selbst wenn man bereit war, Habermas‘ duale Theorie der Gesellschaft grundsätzlich mitzutragen, schlossen sich an die Kolonialisierungsthese im Besonderen eine Vielzahl von kritischen Nachfragen im Hinblick auf die Implikationen an. Wie erwähnt, war Habermas der Meinung, dass die Ausdifferenzierung des ökonomischen und politischen Systems als unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Rationalisierung der Lebenswelt zu gelten hatten, die Kolonialisierungsproblematik konnte also nicht durch eine lebensweltliche Wiedereinbettung von Ökonomie und Politik gelöst werden, denn dies wäre aus Habermas‘ Perspektive mit einer gesellschaftlichen Regression verbunden, die aus normativer Perspektive nicht wünschbar sei. Aber dann stellte sich offensichtlich die Frage, worin eigentlich die Idealvorstellung Habermas‘ bestand, in deren Namen die Kritik der Kolonialisierungsthese vorgetragen wurde. War es vorstellbar, dass die expansive Dynamik der Systeme nachhaltig arretiert würde, so dass Lebenswelt und Systeme in einer Art friedlichen Koexistenz bestehen könnten? Davon stand allerdings nichts in der Theorie des Kommunikativen Handelns und so blieb als wenig verheißungsvolle Alternative einzig die Vorstellung kontinuierlicher Abwehrkämpfe, um nicht zu sagen

---

12 Habermas 1997, 232–233.

13 Joas (1986).

Rückzugsgefechte, in denen Akteur:innen wie die seinerzeit so genannten Neuen Sozialen Bewegungen, denen Habermas zentrale Bedeutung zusprach, die Integrität lebensweltlicher Strukturen gegen systemische Zudringlichkeiten zu verteidigen versuchten.

Aber nicht nur die Unterteilung der gesellschaftlichen Totalität in Lebenswelt und Systeme, wie es noch in der Diktion der alten Frankfurter Schule geheißen hätte, sondern ebenso deren bipolare normative Aufladung provozierte Widerspruch, auch wenn dieser sich in manchen Fällen auch aus einem Defizit an hermeneutischem Wohlwollen bei der Lektüre zu speisen schien: In dieser Lesart fiel die normative Bewertung von Lebenswelt und Systemen allzu eindeutig aus, wenn man die Ursachen der zentralen Probleme zeitgenössischer Gesellschaften oder gar der Moderne insgesamt allein den Systemen und ihren in die Lebenswelt ausgreifenden Imperativen anlastete. Habermas schien zu suggerieren, dass allein die Übergriffigkeiten der funktionalistischen Vernunft, wie sie die Systeme verkörperten, zu den Entstellungen und Pathologien der Gegenwart führten, wohingegen die Lebenswelt als Hort von Kommunikation, Dialog oder gar Konsens hypostasiert werde, deren utopischer Gehalt eben nur aufgrund der Kolonialisierung durch die Systeme unrealisierbar bleibe. Dies war insofern eine ungnädige Lesart, als Habermas keineswegs bestritt, dass es auch innerhalb der Lebenswelt sozusagen hausgemachte Probleme gebe, aber aus Sicht der Kritiker:innen gerieten diese nur allzu leicht aus dem Blick angesichts der vermeintlich überragenden Bedeutung der funktionalistischen Vernunft als zentraler Problemquelle. So wiesen feministische Autorinnen etwa mit Nachdruck darauf hin, dass sich Geschlechterkonflikte nur bedingt auf die systemische Belagerung der Lebenswelt zurückführen ließen und keinesfalls darauf reduziert werden könnten.<sup>14</sup> Und insbesondere aus poststrukturalistischer, an Foucaults Machtanalytik geschulter Perspektive wurde dieser Punkt auch ins Grundsätzlichere gewendet: Die vermeintliche Unterteilung einer gewissermaßen unschuldigen und in diesem Sinne mächtfreien Lebenswelt, die dann zur Zielscheibe von externen Strategien und Machtmechanismen werde, verkenne die Dezentralität der Machtproduktion, die eben weder vom Hobbesschen Souverän

---

14 Vgl. zu den feministischen Debatten über die Diskurstheorie Habermas' Meehan (1995).

im alteuropäischen Denken, noch von den gesellschaftlichen Subsystemen ausstrahle und damit auch eindeutig dort lokalisierbar sei, sondern bilde sich in den Kapillaren des Sozialen, wie es bei Foucault heißt, und auch die Lebenswelt bilde hier keine Ausnahme.<sup>15</sup> Insgesamt blieb angesichts der Vielzahl der Einwände, die Habermas auch nicht in einer seiner zahlreichen Entgegnungen gänzlich entkräften konnte, der Eindruck, dass die Kolonialisierungsthese und womöglich die zweigleisige Gesellschaftstheorie insgesamt nicht das geeignete Instrumentarium zur Entschlüsselung gesellschaftlicher Problemlagen, aber auch des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Sphären darstellte, als das es annonciert worden war. Dieser Eindruck verstärkte sich insofern noch dadurch, dass Habermas zwar in der Folge an der Dualität von Lebenswelt und Systemen festhielt, auf die Kolonialisierungsthese aber kaum mehr systematisch zurückgriff.

## Neoliberalismus als Ökonomismus?

Im marxistischen Diskurs ist von Ökonomismus die Rede, wenn es um reduktionistische Theorieentwürfe geht, in denen gesellschaftliche Phänomene auf ihre vermeintlichen ökonomischen Bestimmungsgründe zurückgeführt werden, wenn etwa Rassismus oder Misogynie als allein in kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen wurzelnd dargestellt werden. Grundsätzlicher noch trifft der Vorwurf des Ökonomismus aber alle Theoriedesigns, in denen die Ökonomie als autonome und separate Sphäre erscheint, die dann gegebenenfalls als Explikans für diverse Explikanda herangezogen werden kann und zwar nicht zuletzt eben aufgrund dieser postulierten Autonomie, so dass sie als anderen gesellschaftlichen Sphären vorgelagert und nicht wiederum von diesen beeinflusst erscheint.

Glaubt man einer Vielzahl von Kritiker:innen des Neoliberalismus, dann unterliegt das neoliberale Denken wie auch die neoliberale Praxis einem ganz ähnlich gelagerten und entsprechend problematischen Missverständnis über den Status der Sphäre der Ökonomie, die aus neoliberaler Sicht vor allem durch marktförmige

---

15 Vgl. Ashenden (1999).

Strukturen gekennzeichnet ist beziehungsweise sein soll.<sup>16</sup> Denn bis in die jüngste Vergangenheit lautete das Verdikt des Mainstreams der Neoliberalismus-Kritik, es handele sich um das, was seinerzeit Karl Polanyi in *The Great Transformation* als die Doktrin sich selbst regulierender Märkte charakterisiert hatte.<sup>17</sup> Das Ideal, dass der Neoliberalismus in Theorie und Praxis anstrebe, sei eine Marktsphäre, die gänzlich ohne staatliche Regularien auskäme; eine Sphäre der reinen Ökonomie, unkontaminiert von allen politischen Beimischungen; ein Reich, das in seiner Autonomie und man könnte sagen Autarkie gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Domänen auf frappierende Art und Weise den Vorstellungen ähnelt, wie man sie in der marxistischen Orthodoxie oder im technologischen Determinismus eines G.A. Cohen findet, in der eine autonome Sphäre des Ökonomischen angetrieben von der Entwicklung der Produktivkräfte als unbewegter Bewege und entsprechender Motor gesellschaftlicher und historischer Entwicklungen gekennzeichnet wird. Im Folgenden soll diese Charakterisierung hinterfragt werden, die im Zuge der Finanzkrise sogar über die akademische Debatte hinaus in den politischen Raum gelangte und in deren Kontext Politiker wie der damalige australische Premierminister Kevin Rudd und der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die neoliberalen Deregulierungen der Finanzmärkte für die Finanzkrise verantwortlich machten und ebenso lautstark wie öffentlichkeitswirksam eine Abkehr von der Vorstellung sich selbst regulierender Märkte forderten.

Blicken wir also etwas genauer auf den neoliberalen Diskurs und wie er sich positioniert. Als Ansatzpunkt bietet sich hier das Walter-Lippmann-Kolloquium von 1938 an, in dessen Rahmen das Label des Neoliberalismus zum ersten Mal auftaucht und an dem neben Friedrich August Hayek auch die beiden deutschen Ordoliberalen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, sowie eine Reihe weiterer Neoliberaler der ersten Stunde aus ganz Westeuropa zusammenkamen.<sup>18</sup> Das Treffen stand ganz offensichtlich im Zeichen der Krise des Liberalismus, die auch das Thema von Lippmanns *Die Gesellschaft freier Menschen* war, dessen Veröffentlichung im Jahr zuvor

---

16 Vgl. Butterwegge et al. (2008).

17 Vgl. Polanyi (2001).

18 Vgl. Audier/Reinhoudt (2019).

den Anlass für das Kolloquium bot.<sup>19</sup> Lippmann hatte in seinem Buch den Niedergang der liberalen Tradition beschrieben, die dringend einer grundlegenden Erneuerung bedürfe, solle sie nicht im Zeitalter des New Deals, des aufkommenden Keynesianismus und der Kollektivismen von links und rechts untergehen. Die Lektüre der Tagungsprotokolle zeigt, dass die große Mehrheit der Teilnehmer (abgesehen von Ludwig von Mises) sich die allgemeine Diagnose weitgehend zu Eigen machten und ebenfalls energisch auf eine Erneuerung drängten. Um die Stoßrichtung dieser Erneuerung zu verstehen, ist es hilfreich sich klarzumachen, gegen wen sich der Neoliberalismus positionierte, der sich hier formierte. Die Neoliberalen war sich schon in dem Moment, in dem das Label aus der Taufe gehoben wurde, keineswegs in allen Punkten einig, es gibt also keinen Ursprungsmoment, in dem der neoliberale Diskurs noch monolithisch wäre, bevor er dann zerfasert.<sup>20</sup> Zu den Überzeugungen, die sie aber tatsächlich teilten, gehörte das Bekenntnis zu funktionierenden Märkten, auf denen der Preismechanismus so weit wie möglich Angebot und Nachfrage koordinieren sollte. Das brachte die Neoliberalen natürlich in eine klare Frontstellung gegenüber den diversen Kollektivismen unterschiedlicher Couleur, als die sie Nationalsozialismus, Faschismus und Sowjetkommunismus mit ihren unterschiedlich stark ausgeprägten planwirtschaftlichen Vorstellungen ansahen. Auch der aufkommende Keynesianismus war ihnen schon zu jener Zeit suspekt, zeichnete er sich doch durch seine Zweifel an der Allokationsfunktion des Preises in wirtschaftlichen Krisen und konjunkturellen Flauten aus, und in den folgenden Dekaden avancierte er zu einem der zentralen Gegner des Neoliberalismus. Diese Gegnerschaften können nicht wirklich überraschen ebenso wenig wie die Ablehnung von Roosevelts New Deal, die sich in späteren Jahren zu einer grundlegenden Opposition gegen vermeintlich wuchernde sozialstaatliche Strukturen verhärteten sollte. Was für den hier behandelten Zusammenhang aber von besonderem Interesse und weniger voraussehbar als die erwähnten Oppositionen ist, ist die neoliberale Haltung zur eigenen Tradition.

Denn man war sich weitgehend einig, dass die Misere des Liberalismus nicht nur exogenen Faktoren wie dem Aufkommen von dezi-

---

19 Vgl. Lippmann (2004).

20 Vgl. zum Folgenden Biebricher (2021), 32–47.

dient anti-liberalen politischen Bewegungen anzulasten war. Anders und genauer formuliert, handelte es sich hier aus Sicht der Kolloquiums-Teilnehmer nämlich auch gar nicht um strikt exogene Faktoren, vielmehr waren es auch bestimmte Fehlentwicklungen innerhalb des Liberalismus gewesen, die diesen Entwicklungen mehr oder weniger Vorschub geleistet hatten. Und die wichtigste und folgenreichste dieser Fehlentwicklungen war eine Simplifizierung und Vulgarisierung des Liberalismus gewesen, dessen wirtschaftspolitisches Profil sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr auf die Maxime des Laissez-Faire reduziert habe, mithin eben jenes Credo, dass Polanyi als die Doktrin der sich selbst regulierenden Märkte beschrieben hatte.

Die Bedenken gegenüber der Entwicklung, dass Liberalismus zumindest in der Außenwahrnehmung immer mehr gleichgesetzt werde mit dem Gedanken des Laissez-Faire und seiner logischen Entsprechung, dem Minimalstaat, durchziehen das gesamte Walter-Lippmann-Kolloquium. Zum einen wird auf den taktischen Fehler von Seiten der Liberalen hingewiesen, die mit ihrer Hinwendung zum Laissez-Faire-Passivismus ihren Kritikern eine Flanke geöffnet hätten, in die etwa Ferdinand Lassalle mit seiner Polemik gegen den Minimalstaat als Nachtwächterstaat stoßen konnte. Wie taktisch unklug diese Position war, hatte zuletzt Hayek erfahren müssen, als er in der Debatte mit Keynes über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise eine Art Krisen-Attentismus im Geiste des Laissez-Faire propagiert hatte: Man müsse einfach abwarten, bis die Märkte wieder ins Gleichgewicht zurückgependelt seien; Interventionen wie sie Keynes vorschlug, würden die Krise nur verlängern beziehungsweise verschärfen. Mit dieser Haltung, die die politischen Akteure de facto zum Nichtstun verurteilte, war Mitte des 20. Jahrhunderts und inmitten einer desaströsen Wirtschaftskrise nicht mehr die öffentliche Debatte zu gewinnen, wie auch Hayek feststellen musste,<sup>21</sup> der dann sogar in seinem als erzneoliberal geltenden *Der Weg zur Knechtschaft*, das 1944 erschien, selbst einräumte: „Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-Faire.“<sup>22</sup> Man konnte dies angesichts der

---

21 Vgl. Burgin (2012).

22 Hayek (2001) 18.

verlorengegangenen Debatte mit Keynes in den 1930er Jahren auch als Selbstkritik verstehen.

Aber es waren nicht nur taktische Beweggründe, sondern auch substantielle Erwägungen, die der neoliberalen Abkehr vom Laissez-Faire zugrunde lagen. Folgt man Michel Foucault in seinen einflussreichen Vorlesungen zur *Geschichte der Gouvernementalität*, so sind es vor allem die deutschen Ordoliberalen, die hier für die konzeptionell-theoretische Innovation verantwortlich sind, die gleichzeitig eine Absage an die Devise des Laissez-Faires darstellt.<sup>23</sup> Greift man sich Walter Eucken als *sprititus rector* der sogenannten Freiburger Schule heraus, so wird deutlich, dass bei ihm noch Anfang der 1930er Jahre ein nostalgischer Zug erkennbar ist: Wenn er in einem seiner wichtigsten Texte das Aufkommen des Wirtschaftsstaates beklagt, dann geschieht dies noch vor dem Hintergrund des altliberalen Ideals einer strikten Trennung von Wirtschaft und Staat, die in ihrer zugespitzten Version dann auch die Maxime des Laissez-Faire impliziert.<sup>24</sup> Doch ähnlich wie Hayek durchläuft Eucken im Lauf der 1930er Jahre eine Entwicklung, an deren Ende das Bekenntnis zu einer Modernisierung der wirtschaftsliberalen Theorie steht, und zwar aus systematischen Gründen, die vor allem von ordoliberaler Seite apostrophiert werden: Märkte seien eben keinesfalls sich selbst regulierende Entitäten, vielmehr gäbe es einen starken Anreiz für alle Marktteakteure, sich dem Druck des Wettbewerbs durch unterschiedlichste Strategien zu entziehen. Sich selbst überlassen, würden Märkte also zu einer weitgehend wettbewerbsfreien und durchgehend verachteten Zone degenerieren.<sup>25</sup> Daraus schließt Eucken und mit ihm eigentlich die gesamte erste Generation der Neoliberalen, dass die Agenda des Staates sich keinesfalls in wohlwollender Gleichgültigkeit gegenüber den Märkten erschöpfen kann. Der Neoliberalismus, verstanden als eine Agenda, der es um die Bedingungen der Möglichkeit funktionierender Märkte geht, adressiert den Staat nun mit einem weitaus anspruchsvollerem Funktionsportfolio, wohlwissend, dass jener Staat auch das Potential hat, zur größten Gefahr für funktionierende Märkte zu werden, wodurch die Aufgabenstellung für die neolibrale Theorie noch komplizierter

---

23 Vgl. Foucault (2004) 186.

24 Vgl. Eucken 1932.

25 Vgl. Eucken 1960.

wird.<sup>26</sup> Die Details der diversen Entwürfe bezüglich der politischen Agenda eines neoliberalen Idealstaats sind hier nicht relevant. Entscheidend ist die ‚institutionalistische‘ Grundausrichtung der neoliberalen Wende: Märkte entstehen nicht aus natürlichen Neigungen noch stabilisieren sie sich selbst, eingebettet in eine gute (göttliche) Ordnung, wie einst der Deist Adam Smith zu hoffen neigte: Die Tatsache, dass Märkte als Austragungsort von Wettbewerb und Konkurrenz der Schauplatz von konflikthaften Interaktionen sind, macht ihre Konstituierung und Perpetuierung durch extra-ökonomische Institutionen erforderlich. Die Idee eines autarken Reichs der Märkte, über dessen Grenzsicherung Staat und Politik im Zeichen des Laissez-Faire einzig zu wachen hatten, ist damit passé, und dies gilt für die gesamte Palette der neoliberalen Theorie von den deutschen Ordoliberalen bis hin zum jungen Milton Friedman.

Bevor ich mich im nächsten Abschnitt der Frage des Neoliberalismus als ökonomischem Imperialismus zuwende, gilt es hier noch einige Implikationen des dargestellten Befundes festzuhalten, die nicht zuletzt von strategischer Bedeutung in den Kämpfen um den Neoliberalismus sind: Viele der Kritiker:innen des Neoliberalismus neigen zu einer materialistischen Grundhaltung, der gemäß dann eben in erster Linie der real existierende Neoliberalismus als Forschungsobjekt zu gelten hat, wohingegen die liberale Theorie als vernachlässigbar angesehen wird, da sie entweder irrelevant oder allenfalls als ideologisches Feigenblatt des realen Neoliberalismus zu verstehen sei. Als Beleg für diese Abwertung des neoliberalen Diskurses wird gerne auf die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis im Neoliberalismus hingewiesen: Wo die Theorie von freien Märkten, Minimalstaaten und Laissez-Faire fabuliere, um dem Neoliberalismus einen attraktiven Anstrich zu geben, seien in der Wirklichkeit massiv angeschwollene Wettbewerbsstaaten zu verzeichnen und auch nach vierzig Jahren Neoliberalismus seien die Märkte de facto durchzogen und umhegt von Regulierungen, die von Bürokratien überwacht werden, die es nach der reinen Lehre des Neoliberalismus überhaupt nicht geben sollte. Dieser Kontrast kann aber nur so frappierend ausfallen, weil man sich in der materialistischen Neoliberalismus-Analyse offensichtlich nicht immer die Mühe macht, tatsächlich die liberale Theorie zu analysieren, denn sonst könn-

---

26 Vgl. Biebricher (2021) 54–118.

te man sehr leicht feststellen, dass es sich hier eher um ein libertäres Zerrbild handelt, das den Entwürfen von Hayek bis Eucken und James Buchanan nicht gerecht wird. Umso größer ist das Erstaunen, wenn dann doch einmal der Abgleich mit der neoliberalen Literatur vorgenommen wird.<sup>27</sup> Sofern aber die komplette ‚Befreiung‘ der Märkte gar nicht der normativ aufgeladene Fluchtpunkt des neoliberalen Denkens ist, muss auch die Diagnostik einer einflussreichen Schule innerhalb der kritischen Neoliberalismus-Forschung um die Humangeographen Jamie Peck, Neil Brenner und Nik Theodore überdacht werden. Deren Kernthese lautet, dass man Neoliberalismus nicht als statischen Zustand, sondern als Prozess der Neoliberalisierung zu verstehen und analysieren habe, welcher angesichts der Unmöglichkeit der Erreichung des Ziels immer wieder scheitere und notwendigerweise zu Gegenbewegungen Anlass gebe:<sup>28</sup> Es ist eine unverkennbar an Polanyis Idee einer ‚Doppelbewegung‘ von Entbettung und Wiedereinbettung geschulte Vorstellung, deren Plausibilität aber eben davon abhängt, ob tatsächlich die völlige Entbettung der Märkte das (unerreichbare) Ziel des neoliberalen Projektes darstellt und in dem Maße an Plausibilität einbüßt, in dem deutlich wird, dass dies womöglich weniger eine neutrale Phantasie als eine Phantasie über den Neoliberalismus darstellt.

Und es handelt sich tatsächlich um eine Phantasie, die insofern politisch-strategisch durchaus folgenreich ist, als es einen gewichtigen Unterschied macht, ob man aus kritischer Perspektive den Neoliberalismus als eine Politik der Marktermöglichung mit Hilfe von Staat und Politik ansieht oder als Versuch einer völligen Deregulierung der Märkte, die man dann getrost ihrer Selbstregulierung überlassen will. Denn legt man sich auf die zweite Vorstellung fest, die ja nach wie vor trotz einiger gewichtiger Einsprüche in der öffentlichen Debatte und auch weiten Teilen des akademischen Diskurses vorherrscht, dann besteht eine Konsequenz darin, dass die Latte der Überwindung des Neoliberalismus erstaunlich tief liegt. Steht Neoliberalismus für das Projekt der vollständigen Entbettung der Märkte, dann erscheint noch die überschaubarste Regulierung bereits als Abkehr vom Neoliberalismus. Die politische Dividende dieses Sprachspiels wurde seinerzeit bereits von Sarkozy und Rudd einge-

---

27 Vgl. Bruff (2019).

28 Vgl. etwa Peck (2008); Peck/Tickell (2002); Brenner/Theodore (2002).

strichen: Man geißelt zunächst den Neoliberalismus als Doktrin der selbstregulierenden Märkte und annonciert dann jede noch so kleine Reform des Finanzsektors oder anderer Märkte als ‚Abkehr‘ oder ‚Überwindung‘ des Neoliberalismus. Und vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass in regelmäßigen Abständen das Ende des Neoliberalismus verkündet wird – gewiss, wenn seine Essenz in der Doktrin der selbstregulierenden Märkte bestünde, dann lassen sich zahlreiche Belege für sein Ende finden; genau genommen hätte er dann auch eigentlich gar nie begonnen.

Der Neoliberalismus ist also kein Ökonomismus und stellt sich das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft nicht als das von diskreten Elementen vor, die einander nicht durchdringen und auch nicht durchdringen sollten. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei ihm aber durchaus um eine Agenda des ökonomischen Imperialismus, der es letztlich um eine Ökonomisierung der Gesellschaft geht, wobei jedoch fraglich ist, wie weitreichend die imperialen Ambitionen sind.

## Neoliberalismus als ökonomischer Imperialismus

1) Sinnvollerweise lässt sich zwischen drei Arten des ökonomischen Imperialismus, d. h. zwischen epistemologischem, transformatorischem und einem subjektivierenden Imperialismus des Ökonomischen unterscheiden. Dabei lässt sich nur schwer bestreiten, dass der erste, der epistemologische, zumindest den gesamten anglo-amerikanischen Neoliberalismus durchzieht. Dabei handelt es sich um die Vorstellung, dass sich auch nicht-wirtschaftliche Bereiche der Gesellschaft analysieren lassen, *als ob* es sich um ökonomische Zusammenhänge handelte. Bei Friedman blieb diese Annahme noch eher implizit, expliziert wurde sie dann zum einen von den Vertretern der sogenannten Virginia School des Neoliberalismus, die Public Choice-Annahmen und Vertragstheorie zu dem verwoben, was ihre wichtigsten Repräsentanten James Buchanan und Gordon Tullock als Verfassungsökonomik bezeichneten.<sup>29</sup> Die Grundannahme der Public Choice Theory lautet, dass Akteure sich nicht nur in

---

29 Vgl. Dardot/Laval (2017).

genuine ökonomischen Kontexten als rational nutzenmaximierender *homo oeconomicus* analysieren lassen, sondern auch in Politik und Verwaltung: Während gewählte Politiker:innen dementsprechend vor allem vom Motiv, ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen, angetrieben seien, gehe es Administratoren vor allem um die Ausweitung ihrer Befugnisse und ihres Budgets: „As a general rule, a bureaucrat will find that his possibilities for promotion increase, his power, influence, and public respect improve, and even the physical conditions of his office improve, if the bureaucracy in which he works expands....“<sup>30</sup> Zum anderen war es Gary Becker, die prägende Figur der dritten Generation der Chicago School, der noch einen Schritt weiter ging und postulierte, dass sich grundsätzlich alle sozialen Verhältnisse als Schauplatz ökonomischen Verhaltens analysieren ließen und exerzierte dies am Beispiel von Familien, Kriminalität und Bildung vor. Grundannahme war auch hier, dass das Verhaltensmodell des *homo oeconomicus* Erklärungskraft weit über die Sphäre des strikt Ökonomischen hinaus entfalte und zu neuen Einsichten auch in Domänen führen würde, die bislang Politikwissenschaft oder Soziologie vorbehalten waren.<sup>31</sup> Diese wurden nun zwar keineswegs aus ihren angestammten Domänen verdrängt, aber man muss feststellen, dass die ökonomischen Verhaltensmodelle in allen empirischen Sozialwissenschaften mittlerweile fest verankert sind, in der amerikanischen Politikwissenschaft haben sie in Form von Rational Choice-Ansätzen womöglich gar eine hegemoniale Stellung erlangt.

2) Von diesem epistemologischen Imperialismus der ökonomischen Analyse im Zeichen des *homo oeconomicus* ist es nur ein kleiner Schritt hin zu einer zweiten, *transformatorischen* Agenda des ökonomischen Imperialismus, und zwar ganz im Sinne des alten Marx-Diktums: Auch dem Neoliberalismus geht es nicht nur darum, die Welt unterschiedlich zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Mit anderen Worten sollten auch nicht-ökonomische Bereiche des Sozialen systematisch mit Prozessen, Techniken und Strukturelementen angereichert werden, die dem Reich der Ökonomie entstammten, um so eine systematische Transformation zu erreichen. Eine der Hauptzielscheiben dieser Transformationsagenda war und ist der Staat. Zwar findet man bei den Klassikern der

---

30 Tullock (2006) 64.

31 Vgl. Becker (1993).

neoliberalen Theorie nirgendwo die explizite Forderung, dass der Staat wie ein Unternehmen funktionieren sollte, aber dafür soll er zumindest in eine analoge Position zu einem Unternehmen auf dem Markt versetzt werden. Die Wurzel der Ineffizienzen des Staates liege nämlich in einer Kombination aus dem rationalen Eigeninteresse der staatlichen Akteure und dem Monopol-Status des Leistungsstaates. Der Nationalstaat müsse also systematisch der Konkurrenz ausgesetzt werden, etwa indem er als Leistungserbringer in Konkurrenz mit privaten Anbietern treten muss, indem interne Märkte innerhalb der Staatsapparate geschaffen werden, oder indem die Bedingungen für einen wirklichen Standortwettbewerb geschaffen werden, etwa im nationalstaatlichen Rahmen eines Wettbewerbsföderalismus oder auch durch Konstruktionen wie dem Europäischen Binnenmarkt. Wie es bei Osborne und Gaebler in ihrer ‚Bibel‘ des New Public Management heißt: „Der entscheidende Gegensatz lautet nicht ‚öffentliche‘ oder ‚privat‘, sondern Monopol oder Wettbewerb.“<sup>32</sup>

In diesem Zusammenhang sind drei Punkte festzuhalten. Erstens wird spätestens an diesem Punkt die Differenz zur Kolonialisierungsthese Habermas‘ deutlich, der ja noch davon ausgegangen war, dass von ökonomischem und politischen System gemäß ihrer Funktionslogik mehr oder weniger spezifische Imperative ausgehen. Die These des ökonomischen Imperialismus von Seiten des Neoliberalismus besagt, dass auch der Staat seinerseits Zielscheibe von Transformationsimperativen aus dem Bereich der Ökonomie wird. Zweitens ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Transformation hin zum Wettbewerbsstaat auf allen Ebenen keineswegs reibungs- und widerstandslos verläuft und daher auch selektiv geblieben ist. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in den Paradoxa von ‚Deregulierung‘ und ‚Vermarktlichung‘: Oft genug führen nämlich die Versuche, staatliche Strukturen und staatliches Handeln auf die Wettbewerbslogik umzustellen, zum paradoxen Ergebnis einer Bürokratisierung, denn die Installierung funktionierenden Wettbewerbs und die Umpolung auf unternehmerisches Verhalten von Nicht-Unternehmen ist alles andere als eine triviale Aufgabe: Interne Märkte bedürfen Monitoring, Audit und Regulierungs-Instanzen und verursachen darüber hinaus einen immensen Daten-Aufwand, da alle Aktivitäten lückenlos erfasst werden müssen, damit sie mit einem Preis belegt werden kön-

---

32 Osborne/Gaebler (1997), 73.

nen.<sup>33</sup> Dass ein selbstverschriebenes unternehmerisches Ethos gerade das Gegenteil von Agilität hervorbringen kann, bestätigen auch die unternehmerischen Universitäten, an denen sich im Zeichen dieses Selbstverständnisses vielerorts ein bürokratischer Wasserkopf herausgebildet hat. Zuletzt ist auf die weiterhin anhaltende Debatte hinzuweisen, wie ambitioniert die ökonomisch imperiale Transformationsagenda ist. Unter Kritiker:innen des Neoliberalismus wird typischerweise das Maximalziel unterstellt: Wo Gesellschaft ist, soll Wirtschaft werden; noch der letzte Winkel des Sozialen soll ökonomisiert werden. Zu den prominentesten Vertreter:innen dieser These gehörte Wendy Brown in ihrem Buch *Undoing the Demos*, die aber in ihren neueren Arbeiten eine nuanciertere Lesart vertritt. Mit Verweis auf die Arbeiten Melinda Coopers argumentiert sie mittlerweile, dass die neoliberalen Logik in vielfältigen Artikulationen mit anderen Logiken existiert. So können sie etwa – spannungsreiche – Allianzen mit sozialkonservativen Vorstellungen eingehen, der es gerade um den Bestand traditioneller Geschlechterhierarchien und Familienvorstellungen gehe, was dann gewissermaßen die Grenzen des neoliberalen Ökonomisierungsprojektes bezeichnen soll.<sup>34</sup> Tatsächlich finden sich sowohl bei manchem neoliberalen Theoretiker wie Röpke oder Hayek klare Positionierungen gegen eine völlige Vermarktlichung der Gesellschaft und auch in der Welt des real existierenden Neoliberalismus wird dessen Ökonomisierungsdrang immer wieder auch durch konservative Bedenken gehemmt.

3) Die letzte Art der Ökonomisierung bezieht sich auf die Produktion des unternehmerischen Subjekts beziehungsweise des *homo oeconomicus* und ist vor allem im Anschluss an Foucault'sche Vorstellungen zur Subjektivierung analysiert worden. Ökonomisierung betrifft gemäß dieser Perspektive nicht nur staatliche Institutionen oder andere Gesellschaftsbereiche, sondern die Subjekte, die diese Gesellschaft bevölkern und immer auch schon als unternehmerische Subjekte konstituiert werden beziehungsweise sich selbst als solche konstituieren. Dies geschieht nicht zuletzt, indem das Subjekt immer wieder als unternehmerisches interpelliert wird von einer Umgebung, die gemäß der zweiten Form der Ökonomisierung in vielerlei Hinsicht geprägt ist durch markt- bzw. unternehmensanaloge Struk-

---

33 Vgl. Brown/Jacobs (2008).

34 Vgl. Brown (2015) und (2019).

turelemente wie zum Beispiel Wettbewerb, Rankings und Evaluierungen.<sup>35</sup> Und in dem Maße, in dem dies gelingt, erfahren Subjekte die sie umstellenden Marktmechanismen eben auch nicht unbedingt als von außen auf sie einwirkende Faktoren; das unternehmerische Selbst ist passgenau eingebettet in diese Strukturen. Doch auch hier ist abschließend auf die Grenzen der Ökonomisierung hinzuweisen: Die Konstitution neoliberaler Selbstverhältnisse gelingt nämlich keineswegs immer, überall und vollständig. Die Tatsache, dass in der sozialen Welt neben neoliberalen Ökonomisierungslogiken andere in einem mehr oder weniger spannungsreichen Nebeneinander existieren, übersetzt sich schließlich in die Schlussfolgerung, dass auch das Subjekt nie ausschließlich als *homo oeconomicus* interpelliert wird beziehungsweise werden kann; die ‚Responsibilisierung‘ des einzelnen, um eine der zentralen Techniken neoliberaler Subjektivierung zu erwähnen, also immer auch scheitert.

## Schluss

In diesem Beitrag sind unterschiedliche Konzeptionalisierungen des Verhältnisses von Ökonomie und Gesellschaft vorgestellt, erläutert und kritisch diskutiert worden. Ausgehend von den vor allem im linken politisch-akademischen Spektrum einflussreichen Basis-Überbau-Modell des Historischen Materialismus und der dualen Gesellschaftstheorie Jürgen Habermas‘ war zunächst festzuhalten, dass beide Entwürfe insofern problematisch sind, als die entsprechenden deskriptiven und normativen Trennungen und Unterscheidungen in vielerlei Hinsicht fragwürdig sind. In einem nächsten Schritt bin ich der Frage nachgegangen, inwiefern der Neoliberalismus als eine Art Ökonomismus mit spiegelbildlichen Vorzeichen zu verstehen ist, der, ähnlich der marxistischen Orthodoxie, die Ökonomie zu einem gänzlich autonomen Bereich der Gesellschaft erklärt und die Aufrechterhaltung dieser Autonomie im Sinne von sich selbst regulierenden Märkten zur obersten Maxime erhebt. Wie gezeigt, ist diese Darstellung eines Neoliberalismus, der sich der Phantasie einer völligen Entbettung der Märkte verschreibt, die insofern phantastisch bleiben muss, als das Ziel notwendig unerreichbar ist,

---

35 Vgl. Fourcade (2022).

aber eher einer Phantasie über den Neoliberalismus, der nämlich zumindest in seinem Mainstream nicht diese Ambitionen hegt. Dem Neoliberalismus geht es also weniger darum, die Grenze des Ökonomischen gegen jedwede Art politisch-gesellschaftlichen Einflusses zu verteidigen (wobei es durchaus darum geht, eine bestimmte Art von Interventionen zu verunmöglichen), als darum, diese Grenzen in Richtung des Terrains von Staat und Gesellschaft zu verschieben. Der entsprechende ökonomische Imperialismus versucht auch und gerade den Staat der Logik der Ökonomie zu unterwerfen (und unterscheidet sich schon allein dadurch von Habermas' Kolonialisierungsthese), wobei sich sinnvollerweise zwischen den drei erläuterten Formen des Imperialismus des Ökonomischen unterscheiden lässt. Abschließend ist hier aber festzuhalten, dass es sich nicht um eine Reformulierung des Basis-Überbau-Schemas in neuem Gewande handelt, jedenfalls nicht, wenn damit mechanistisch-deterministische Bestimmungsverhältnisse impliziert sind. Ökonomisierungsimperative stoßen als Teil der gesellschaftlichen Transformationsagenda immer wieder an Grenzen in Form ihrer inneren Paradoxien aber auch in Form von konkurrierenden Logiken des Sozialen und aus dem zweiten Punkt ergeben sich auch im Hinblick auf die Subjektivierungseffekte bestimmte Grenzen. Es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass sich in den entsprechenden Kontestationen die Logik des Ökonomischen durchgehend und notwendigerweise durchsetzt.

## Literatur

- Aquin, Thomas von (1999), Über die Herrschaft der Fürsten, Stuttgart: Reclam.
- Althusser, Louis (1969), For Marx, London: New Left
- Ashenden, Samantha (1999), Questions of Criticism: Habermas and Foucault on Civil Society and Resistance, in: Dies./David Owen, Foucault contra Habermas: Recasting the Dialogue between Genealogy and Critical Theory, London/Thousand Oaks: Sage, 143–165.
- Audier, Serge u. Reinhoudt, Jürgen (Hg.) (2019), Neoliberalismus. Wie alles anfing: Das Walter-Lippmann-Kolloquium, Hamburg: Kursbuch.
- Becker, Gary (1993), Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: Mohr Siebeck.

- Biebricher, Thomas (2021), Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Brenner, Neil. u. Theodore, Nik (2002), Cities and the Geographies of 'Actually Existing Neoliberalism', in: *Antipode* 34, 349–379.
- Brown, Wendy (2015), Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution, New York: Zone Books.
- Brown, Wendy (2019), In the Ruins of Neoliberalism. The Rise of Antidemocratic Politics in the West, New York: Columbia University Press.
- Brown, Lawrence u. Jabocs, Lawrence (2008), The Private Abuse of the Public Interest: Market Myths and Policy Muddles, Chicago: University of Chicago Press.
- Bruff, Ian (2019), Overcoming the Allure of Neoliberalism's Market Myth, in: *South Atlantic Quarterly* 118, 363–379
- Butterwegge, Jörg, Lösch, Bettina u. Ptak Ralf (Hg.) (2008), Kritik des Neoliberalismus, Berlin: Springer.
- Burgin, Angus (2012), The Great Persuasion: Reinventing Markets since the Depression, Cambridge: Harvard University Press.
- Cohen, G.A. (1978), Marx Theory of History. A Defence, Princeton: Princeton University Press.
- Dardot, Pierre u. Laval, Christian (2017), The New Way of the World: On Neoliberal Society, London: Verso.
- Eucken, Walter (1932), Staatliche Strukturwandelungen und die Krisis des Kapitalismus, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 36, 297–321.
- Eucken, Walter (1960), Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Foucault, Michel (2004), Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978/79, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Fourcade, Marion (2022), Zählen, benennen, ordnen. Eine Soziologie des Unterscheidens, Hamburg: Hamburger Edition.
- Habermas, Jürgen (1976), Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1997), Theorie des kommunikativen Handelns Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hayek, Friedrich August (2001), The Road to Serfdom, London/New York: Routledge.
- Joas, Hans (1986), Die unglückliche Ehe zwischen Hermeneutik und Funktionalismus, in: Axel Honneth (Hg.), Kommunikatives Handeln: Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 144–176.

- Laclau, Ernesto u. Mouffe, Chantal (2001), Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics (2. Auflage), London: Verso.
- Lippmann, Walter (2004 [1937]), The Good Society, London/New York: Routledge.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich (1971), Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Werke. Band 13, Berlin: Dietz, 7–160.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich (1973), Die Deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, Werke. Band 3, Berlin: Dietz, 5–530.
- Meehan, Johanna (Hg.) (1995), Feminists Read Habermas: Gendering the Subject of Discourse, New York: Routledge.
- Miliband, Ralph (1969), The State in Capitalist Society, New York: Basic Books.
- Osborne, David u. Gaebler, Ted (1997), Der innovative Staat. Mit Unternehmergeist zur Verwaltung der Zukunft, Wiesbaden: Springer.
- Peck, Jamie (2008), Constructions of Neoliberal Reason, New York: Oxford University Press.
- Peck, Jamie u. Tickell, Adam (2002), Neoliberalizing Space, in: Antipode 34, 380–404.
- Polanyi, Karl (2001 [1944]), The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time, Boston: Beacon Press.
- Poulantzas, Nicos (1972), The Problem of the Capitalist State, in: Blackburn, Robin (Hg.), Ideology in Social Science: Readings in Critical Social Theory, New York: Pantheon Books, 238–262.
- Tullock, Gordon (2006), The Vote Motive, London: Institute of Economic Affairs.
- Warren, Paul (1991), Explaining Historical Development: A Marxian Critique of Cohen's Historical Materialism, in: CLIO 20.3, 253–270.
- Sayer, Derek (1987), The Violence of Abstraction. The Analytical Foundations of Historical Materialism, Oxford: Blackwell.
- Tullock, Gordon (2006), The Vote Motive, London: Institute of Economic Affairs.